

Die Linke im Kreistag Fürth
Fliederweg 11; 90556 Cadolzburg

An den
Landrat des Landkreis Fürth

Via E-Mail an landrat@lra-fue.bayern.de

Die Linke
im Kreistag Fürth

Fraktionsvorsitzender

Christian Löbel
Fliederweg 11
90556 Cadolzburg

Telefon: 0176 500 75 001
christian.loebel@die-linke-cadolzburg.de

<https://die-linke-kreistag-fuerth.de/>

Cadolzburg, der 20. September 2026
Antrag „Gerade jetzt: Einführung eines Sozialtickets“

Sehr geehrter Herr Landrat Obst,

anbei sende ich Ihnen einen Antrag meiner Kolleg:innen KRin Marie Schöttner, KRin Claire Schneider und mir zur Einführung eines Sozialtickets.

Mit freundlichen Grüßen,

Christian Löbel
Fraktionsvorsitzender

Antrag

Gerade jetzt: Einführung eines Sozialtickets

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Landkreis Fürth führt zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch zum 1. Januar 2028, ein Sozialticket in Form eines vergünstigten Deutschlandtickets ein.
2. Anspruchsberechtigt sollen insbesondere Berechtigte nach SGB II, SGB XII und Wohngeld sein.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Umsetzungskonzept zu erarbeiten und dem Kreistag zur Entscheidung vorzulegen.
 - a) Das Konzept soll so ausgestaltet werden, dass die genannten Anspruchsberechtigten das Sozialticket diskriminierungsfrei, unbürokratisch und in einem möglichst einfachen Verfahren erwerben können. Der Eigenanteil soll 30 Euro monatlich nicht überschreiten.
 - b) Eine Bonitätsprüfung ist auszuschließen. Das Sozialticket muss sowohl digital als auch ohne Smartphone erhältlich sein. Soweit technisch und rechtlich möglich, soll auch eine alternative Zahlungsweise zum klassischen Abonnement mit Lastschrifteinzug angeboten werden.
 - c) Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit dem Verkehrsverbund Großraum Nürnberg und den beteiligten Verkehrsunternehmen über die praktische Umsetzung und Abrechnung aufzunehmen.

Begründung

Die finanzielle Lage des Landkreises Fürth und seiner kreisangehörigen Gemeinden ist angespannt. Steigende Sozialausgaben, höhere Personal- und Energiekosten sowie wachsende Umlagen schränken die kommunalen Handlungsspielräume erheblich ein. Deshalb müssen neue freiwillige Leistungen sorgfältig geprüft, solide finanziert und zielgerichtet ausgestaltet werden.

Eine angespannte Haushaltslage darf jedoch nicht dazu führen, dass gerade bei Menschen mit geringem Einkommen gespart wird und ihre gesellschaftliche Teilhabe weiter eingeschränkt wird. Mobilität ist kein Luxus. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung, um Arbeitsplätze, Schulen und Bildungseinrichtungen, Behörden, medizinische Versorgung sowie soziale und kulturelle Angebote erreichen zu können. Das gilt besonders im ländlich geprägten Landkreis Fürth, in dem viele Wege nicht zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden können und nicht alle Menschen über ein eigenes Auto verfügen.

Menschen mit geringem Einkommen müssen einen überdurchschnittlich hohen Anteil ihrer verfügbaren Mittel für grundlegende Bedürfnisse aufbringen. Der reguläre Preis des Deutschlandtickets stellt für viele von ihnen eine erhebliche Belastung dar. Wer sich eine Fahrkarte nicht leisten kann, wird faktisch von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Fehlende Mobilität erschwert zudem die Arbeitsaufnahme, die Wahrnehmung von Bildungsangeboten und Behördenterminen sowie die Pflege sozialer Kontakte.

Der Landkreis trägt als Träger des öffentlichen Personennahverkehrs und als sozial verantwortliche kommunale Ebene eine besondere Verantwortung dafür, Mobilität für alle Einwohner:innen zugänglich zu machen. Ein gezielt ausgestaltetes Sozialticket ist daher keine beliebige Zusatzleistung, sondern ein konkreter Beitrag zur Daseinsvorsorge, zur Armutsbekämpfung und zur Herstellung gleichwertiger Teilhabechancen.

Auch unter schwierigen Haushaltsbedingungen muss deshalb geprüft werden, wie ein Sozialticket wirtschaftlich tragfähig umgesetzt werden kann. Unterschiedliche Zuschussmodelle, eine klare Begrenzung des Kreises der Anspruchsberechtigten sowie eine stufenweise Einführung können dazu beitragen, die finanziellen Auswirkungen zu steuern. Gleichzeitig sind zusätzliche Fahrgeldeinnahmen durch neu gewonnene Fahrgäste sowie mögliche positive Folgewirkungen für Beschäftigung, soziale Teilhabe und Klimaschutz in die Bewertung einzubeziehen.

Kommunale Haushaltskonsolidierung darf nicht allein über den Verzicht auf notwendige soziale Leistungen erfolgen. Gerade in finanziell schwierigen Zeiten muss der Landkreis politische Prioritäten setzen. Wir finden: Bezahlbare Mobilität für Menschen gehört zu diesen Prioritäten!